

Gustav Landauer und die Räterepublik

Die Novemberrevolution 1918 ging in München dem Reich voraus. Die Monarchie der Wittelsbacher war in einer revolutionären Aktion unter Führung des linken Intellektuellen Kurt Eisner abgesetzt worden, Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wurden gegründet. Die linken Kräfte waren gespalten. Anhänger der Räteorganisation konkurrierten mit den Vertretern des bürgerlich-parlamentarischen Systems. Ministerpräsident Eisner, Mitglied der USPD, vertrat ein doppeltes Konzept: Räte und Parlament sollten nebeneinander existieren. Eisner glaubte, daß die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Voraussetzungen einer Räterepublik erst geschaffen werden mußten. Sein Konzept mußte auf den Widerstand beider politischer Lager stoßen. Als er in der Landtagswahl im Januar 1919 mit der USPD eine verheerende Niederlage erlitt, entschloß er sich zum Rücktritt. Am 21. Februar, auf dem Weg zum Landtag mit dem Rücktrittsgesuch in der Tasche, wurde er von einem adeligen Attentäter niedergeschossen. Sein Tod löste eine Radikalisierung der Münchener Arbeiterschaft über die Parteigrenzen hinweg aus, eine militärische Unterdrückung durch republiktreue Truppen wie im Januar 1919 in Berlin war in München nicht möglich. Den bürgerlichen Kräften gelang es nicht mehr, die politische Kontrolle zu erlangen. Die Möglichkeit zur Ausrufung der Räterepublik war gegeben. Die bürgerlichen Parteien und Teile der SPD hofften, mit einer baldigen Niederlage der Räterepublik die weitere revolutionäre Umgestaltung der Verhältnisse zu beenden. Sie versuchten, mit den Worten Erich Mühsams, der Revolution „eine Frühgeburt abzutreiben und durch sie ihren Tod herbeizuführen.“¹

Die Novemberrevolution überraschte Landauer; sie widersprach seinen Voraussagen und politischen Vorstellungen, wie er sie im *Sozialistischen Bund* zu realisieren versucht hatte. „Es ist eben die vollkommene Sozialisierung nicht bloß der Wirtschaft, sondern des ganzen gesellschaftlichen Lebens nicht anders durchführbar als revolutionsmäßig, plötzlich abrupt, unter dem Bruch mit der Vergangenheit. [...] Der elementare Zusammenbruch ist bereits da, [...] Und dieser Zusammenbruch in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Beziehung, hat es bereits unmöglich gemacht, daß eine organische Fortentwicklung aus dem bisherigen, eine Evolution, die Wahrung der Kontinuität möglich ist.“² So revidierte er ein halbes Jahr später seine bisherige Vorstellung der Entfaltung des Sozialismus durch die geistige Emanzipation, die der Umgestaltung der neuen Gesellschaft vorausgehen müsse.

Mitte November reiste Landauer auf Ruf Eisners nach München, damit er als Redner an der „Umbildung der Seelen“ mitarbeite.³ Die gegenseitige Sympathie der beiden Intellektuellen beruhte auf der gemeinsamen Vorstellung eines geistigen Sozialismus. Trotzdem warf Landauer Eisner Reformismus und Passivität gegenüber der Reichsregierung vor: „Es rächt

¹ Mühsam, Erich: Von Eisner bis Leviné. In: Ausgewählte Werke Bd. 2. Berlin 1978, S. 32.

² Münchener Neuste Nachrichten vom 11.4.1919.

³ Vgl. Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871. Berlin 1969, S. 364.

sich, daß er solange Sozialdemokrat gewesen ist“.⁴ Nach dessen Tod revidierte Landauer sein Urteil, nachdem er selber den Zwang der Realpolitik erfahren hatte.

Das Wiedererstarken des bayerischen Separatismus am Kriegsende ließ Landauer hoffen, seiner Vorstellung des Bundes der Republiken inklusive Österreich näherzukommen. In der Bildung dieser Föderation sollte Bayern Vorreiter werden. In München waren neben Landauer und Eisner noch viele Literaten politisch aktiv: Die Beteiligung linker Intellektueller wie Erich Mühsam, Ernst Toller, Oskar Maria Graf, Ret Marut und anderen an der Gründung eines revolutionären Staates bleibt einzigartig in der deutschen Geschichte. In München stand es um Landauers Sache schlecht: Es existierte keine anarchistische Organisation, die in den Kriegsjahren eine aktionsfähige Struktur hätte aufbauen können. Auf Betreiben Erich Mühsams wurde er in den kurz vorher gegründeten Revolutionären Arbeiterrat (RAR), Teil der Münchener Arbeiter- Bauern- und Soldatenräte, kooptiert, der aus ca. 50 Personen bestand und den radikalen Teil der Arbeiterräte repräsentierte. Jedoch nur wenige seiner Mitglieder bezeichneten sich als Anarchisten, Landauer konnte sich also auf keine homogene politische Gruppe berufen, sein Handeln war stark individuell geprägt. „Als Redner war Landauer außerordentlich. Er sprach feurig und gedankenvoll zugleich. [...] Die meisten Mitglieder des Kongresses der Arbeiter-, Bauern-, und Soldatenräte [...] nahmen ihn nicht ganz ernst, ihr hausbackener Verstand kam mit dem Schwung, der seinem Wesen eignete, nicht mit. Auf die Münchener Arbeiterschaft übte er aber einen starken Einfluß aus. [...] Als er den Eindruck gewonnen hatte, daß die Räterepublik im Anmarsch gewesen sei, machte er sich zum Wortführer der Entwicklung.“⁵

Landauer widmete sich ganz der Agitation; gegen die Einberufung einer Nationalversammlung und bevorstehende Neuwahl des Landtags propagierte er die direkte Wahl der Räte. Er war Mitinitiator einer Massendemonstrationen am 16. Februar auf der Theresienwiese für eine baldige Ausrufung der Räterepublik, der sich 15 000 Menschen anschlossen. Unbeachtet der unüberwindbaren politischen Gegensätze der Parteien glaubte er an die Einigkeit des Proletariats, den Zusammenschluß unter dem Geiste der Revolution.⁶

Von der Ermordung Eisners erfuhr Landauer, als er sich in Krumbach bei seiner Familie aufhielt, die er später nach München holen wollte. Eisners Begräbnis wurde zu einer Demonstration der Anhänger der Revolution: 100 000 Menschen folgten dem Trauerzug, Landauer hielt auf dem Ostfriedhof die Grabrede. Nach dem Tode Eisners trat der Landtag vorerst nicht zusammen; die geplante Koalition von Bürgerlichen und Sozialdemokraten war auseinandergebrochen. Die Macht lag faktisch bei dem Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, der jetzt für zwei Wochen in Permanenz tagte. In dieser Situation schlug die Nachricht von der Ausrufung der Räterepublik in Ungarn am 21. März wie ein Bombe ein, und bestärkte die Räteanhänger, als

⁴ Ebenda, S. 350.

⁵ Ernst Niekisch, zitiert nach Dorst, Tankred: Die Münchener Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Frankfurt/Main 1966, S. 69f.

⁶ Vgl. Linse, Ulrich: Gustav Landauer und die Revolutionszeit 1918, S. 219.

Teil einer internationalen Bewegung auch in Bayern die Räterepublik auszurufen. In den frühen Morgenstunden des 5. April wurde im Wittelsbacher Palais von den Vertretern der SPD, USPD, dem Bauernbund und den Arbeiterräten die Ausrufung beschlossen. Kommunistische Delegierte waren nicht anwesend; von ihrer Zustimmung ging die Versammlung aus. Aber die KPD lehnte die Mitarbeit ab. Den Zeitpunkt der Ausrufung hielt sie für verfrüht, die Vorbereitungen für unzulänglich. Außerdem weigerte sie sich zur Zusammenarbeit mit der SPD, deren Beteiligung sie als ein taktisches Manöver bezeichnete. Die KPD behielt Recht: Die sozialdemokratischen Führer verließen München nach der Ausrufung, um von Bamberg aus die militärische Niederschlagung der Räterepublik einzuleiten.

Die ersten Apriltage galten der fieberhaften Vorbereitung für die Ausrufung am 7. April. Bei der Besetzung des neuen Zentralrates unter Ernst Toller wurde Landauer für das Amt des Volksbeauftragten für Volksaufklärung gewählt, das zu schaffen er bereits im Februar vor dem Arbeiterrat beantragt hatte. Kultur-, Schul- und Pressewesen fielen in sein Ressort. Einer Schulreform galt sein Interesse bereits vor dem Weltkrieg, in diesem Bereich konnte er auf frühere Vorbereitungen zurückgreifen.

An die Mitarbeiter seines Ministeriums schrieb Landauer: "Es geht jetzt um die völlige Umgestaltung aller dem Geist dienenden Einrichtungen des Gemeinwesens. [...] Durch eine völlige Dezentralisation wird in Zukunft dafür gesorgt werden müssen, daß die Staatsgehilfen, die berufen sind, das Ganze im Auge zu haben, sich nicht in Einzelheiten des Bezirkes, der Stadt und des Dorfes verlieren. Kommt so vielleicht manchmal die Einheitlichkeit des Geschäftsgebarens zu kurz, so gewinnen wir andererseits dadurch, daß die Entscheidungen von jenen gefällt werden, die die tatsächlichen Verhältnisse kenne, und Buntheit ist kein Fehler für den, dem nicht juristisches und legislatives Denken das Höchste ist. [...] Unter Räterepublik ist nichts anderes zu verstehen, als daß das, was im Geiste lebt, und nach Verwirklichung drängt, nach irgendwelcher Möglichkeit durchgeführt wird."⁷

Einem eigenen Eingreifen in die kulturellen Institutionen widersprach sein Ansatz der „Dezentralisation aller geistigen Stätten“. Dementsprechend vermied er es, direkt in die Umgestaltung der reaktionären Universität einzugreifen, dem neugegründeten Revolutionären Hochschulrat (RHR) gab er umfassende Vollmachten. In der Universität stieß der RHR auf heftigen Widerstand seitens der Professoren und der Studenten, auf der ersten Versammlung wurden die Räteanhänger ausgebuht. Nachdem es in Verhandlungen mit reaktionären Studentenvertretern und dem Senat zu keiner Einigung kam, ordnete Landauer die vorzeitige Schließung der Universität und alleinige Umgestaltung durch den RHR an.⁸

Die politischen Ereignisse fanden in der Münchener Kunstszene ihren Widerhall: Bereits im Februar hatten sich linke Künstler und Schriftsteller zu einem Aktionsrat Revolutionärer Künstler (ARK) zusammengeschlossen, um den gesellschaftlichen Anspruch ihrer Kunst zu artikulieren. In Ablehnung des

⁷ Zitiert nach Viesel, Hansjörg (Hg.): Literaten an der Wand. Die Münchener Räterepublik und die Schriftsteller. Frankfurt/Main 1980, S. 265.

⁸ Vg. Seligmann, Michael: Aufstand der Räte. Die Münchener Räterepublik vom April 1919. Grafenau 1989, S. 390-393.

marxistischen Determinismus waren viele der Künstler schon früher von Gedanken Landauers beeinflusst. Landauer wählte den ARK als Organisation, um seine Kulturvorstellungen umzusetzen, obwohl er den neuen Kunstströmungen mit Ausnahme des Expressionismus skeptisch gegenüberstand. Am 9. April wurden die Professoren der Akademie der bildenden Künste entlassen, die Künstler sollten die Kontrolle über den Kunstbetrieb erlangen. Noch am selben Tag traf sich Landauer mit Schauspielern, um über die Selbstverwaltung der Münchener Theater zu beraten. Das Prinzregenten- soll in ein Volkstheater umgewandelt werden.⁹

Die Pressepolitik führte anfänglich, autorisiert durch Landauer, der Literat Ret Marut, bekannt unter dem Pseudonym B. Traven, und der ARK durch. Immer schon hatte Landauer die bürgerliche Presse angegriffen, deren antisozialistische und antisemitische Hetze nahtlos an der des Krieges anfügte. Pressefreiheit, so Landauer, dürfe nicht mit der Freiheit zur Hetze und Denunziation verwechselt werden. Die bürgerlichen Zeitungen wurden unter Zensur gestellt, um Artikel gegen die Räterepublik zu unterbinden. Die Münchener Zeitung weist in der Bekanntmachung der Zensur darauf hin, daß sich der Zensor ausdrücklich nicht in theologische Belange einmischen werde. Nachdem die Redaktion der konservativen Münchener Neusten Nachrichten aus Protest gegen die Bestimmungen zurücktrat, wurde das Blatt zum Organ des Zentralrates ernannt; die Verfügung unterzeichnete Landauer. Expressionistische Holzschnitte, Proklamationen und Bekanntmachungen wurden neben dem weiterexistierenden Anzeigenteil der Geschäftsleute abgedruckt wie Berichte über Rußland und die neue Räterepublik in Ungarn, Artikel zur Neuen Kunst und Kultur. Entstanden in den Stunden des Umbruchs waren dies mehr Anfänge, denn das erwünschte Ziel einer neuen Presse.¹⁰ Die Pressearbeit war zusammen mit der Beschlagnahmung leerstehender Wohnungen die bedeutendste Leistung des neuen Zentralrates, der sonst im Sinne einer revolutionären Umgestaltung weithin untätig war.

Als Kultusminister, Mitglied des RAR und des Zentralrates war Landauer völlig überarbeitet. Seinem anfänglichen Enthusiasmus folgte die baldige Ernüchterung; Landauers Vorgehen mußte unter den politischen Umständen scheitern. Der Widerstand des Bürgertums, politische Grabenkämpfe und die elementare Not ließen keinen großen Handlungsspielraum.

Trotz seiner gewaltfreien Einstellung sah Landauer durchaus die Notwendigkeit, die Revolution notfalls militärisch zu verteidigen: „Gewalt im Falle der Not“ schrieb er bereits 1912.¹¹ Diese war zum Schutz der Revolution gegeben: im Februar beantragte er die Geiselnahme einiger Bürger zum Schutz gegen die Konterrevolution; als am 7. April im Wittelsbacher Palais das Gerücht über einen bevorstehenden Überfall verbreitet wurde, waren es Mühsam und Landauer, die Waffen beschafften und eine Verteidigung zu organisieren begannen.¹²

⁹ Vgl. Friedel, Helmut: Süddeutsche Freiheit. Kunst und Revolution in München 1919. Ausstellungskatalog München 1993, S. 20-23.

¹⁰ Vgl. Seligmann, S. 497.

¹¹ „Der Sozialist“ vom 1.12.1912.

¹² Vgl. Linse, Kaiserreich, S. 361.

Am 13. April versuchten konterrevolutionäre Soldaten mit einem Putsch die Räteregierung zu entmachten. Dies scheiterte am Widerstand bewaffneter Arbeiter. Die Kommunisten nutzten den Augenblick und erklärten den alten Zentralrat, der nicht mehr fähig war, der neuen Situation zu begegnen, für abgesetzt. Eine Versammlung der Betriebs- und Arbeiterräte wählte einen Aktionsausschuß, geführt von dem Kommunisten Levin. Landauer erkannte die Notwendigkeit einer strafferen Organisation, insbesondere der Roten Armee, die nur die Kommunisten zu leisten vermochten; noch am 13. April bot er der neuen Regierung seine Mitarbeit an. Über das Scheitern der Räterepublik machte er sich keine Illusion: Landauer unterstützte die Initiative von Toller und Niekisch, der Regierung Hoffmann die Kapitulationserklärung gegen eine Garantie der Straffreiheit der Räteanhänger anzubieten.¹³ Mühsam und Levin, lehnten diesen Plan strikt ab, die KPD bereitete die Rote Armee auf die hoffnungslose Verteidigung Münchens vor.

Trotz der Unsicherheit der politischen Lage erarbeitete Landauer mit Fidelis, ein Pseudonym für einen Kommunisten, in den folgenden Tagen ein für die sofortige Umsetzung vorgesehenes Kulturprogramm. Das dreiteilige Programm forderte sofortige Trennung von Staat und Kirche unter der Wahrung des kirchlichen Besitzes. Eine neue Architektur sollte den Beginn einer neuen Zeit demonstrieren. Ankäufe von Kunstwerken, Neugründung von Museen, Ausstellungsorganisation sollten vom Staat übernommen, das Nationaltheater unter die Leitung einer Akademie gestellt werden.

Das Programm außerdem sah die Einführung einer Einheitsschule bis zum 13. Lebensjahr vor. Schulbänke sollten abgeschafft, die Fächer fakultativ ausgewählt werden. An die Einheitsschule schließt sich die Mittelschule oder eine zweijährige Lebensgemeinschaft der Schüler mit Lehrern an. An der Universität war die Abschaffung der juristischen und theologischen Fakultät geplant. Neben der Neuordnung der naturwissenschaftlich/medizinischen Fächer sollte die philosophische die höchste Fakultät werden.¹⁴ Levin, lehnt das vorgelegte Programm ab; es erschien ihm nicht revolutionär genug. Enttäuscht von der Politik der Kommunisten kündigte Landauer am 16. April in einem nichtöffentlichen Brief an den Aktionsausschuß seinen Ausstieg aus der Politik an: „Ich habe mich um der Sache der Befreiung und des schönen Menschenlebens willen der Räterepublik weiter zur Verfügung gestellt. [...] Inzwischen habe ich Sie am Werke gesehen, habe Ihre Aufklärung, Ihre Art, den Kampf zu führen, kennengelernt. Ich verstehe unter dem Kampf, der Zustände schaffen will, die jedem Menschen gestatten, an den Gütern der Erde und der Kultur teilzunehmen, etwas anderes als sie.“¹⁵

Der Nachzug seiner Familie wurde durch die militärische Umzingelung Münchens verhindert. Zurückgezogen auf die Villa Eisner in Großhadern bei München, widmete er sich literarischen Studien. Als bereits die Reichsexekution Bayerns von der Regierung Hoffmann eingeleitet war, bot Landauer ein letztes Mal seine Mitarbeit Toller an, der als Kommandant der

¹³ Vgl. Seligmann, S. 497.

¹⁴ Abgedruckt in Viesel, S. 275-289.

¹⁵ Ebenda, S. 268.

Roten Armee kurzzeitig Dachau erobert hatte.¹⁶ Am Tag der Einnahme Münchens wurde Landauer verhaftet, nachdem er ein Fluchtangebot abgelehnt hatte. Als erster Führer der Räterepublik wurde er, der sich schon vom politischen Leben verabschiedet hatte, von einer aufgehetzten Soldatenmenge erschossen. „Die Soldaten begannen wieder zu toben und zu schreien und riefen: ‚Gib ihm fest, besorgs ihm, Alois!‘ Der Wachtmeister riß eine Pistole aus dem Gurt und gab zwei Schüsse auf den Stehenden ab. [...] Einer traf Landauer in den Kopf. Er sagte nichts und fiel um. Aber er atmete immer noch. [...] Der Wachtmeister rief: ‚Geht zurück dann lassen wir ihm noch eine durch.‘ Er schoß über Landauer stehend, ihm in den Rücken, daß es ihm das Herz herausriß und er vom Boden wegschnellte. Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Wachtmeister mit Füßen zu Tode. Dann wurde ihm alles heruntergerissen und die Leiche ins Waschhaus geworfen. Als sie zu verwesen begann, schaffte man sie fort.“¹⁷ Seine Mörder wurden nie bestraft; lediglich ein Soldat, der sich seiner Wertsachen bemächtigen wollte, wurde zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt.

Seinem Tod ging Landauer nicht aus dem Weg: „Wir sterben bald, wir sterben alle, wir leben gar nicht; nichts lebt, als was wir aus uns machen, was wir mit uns beginnen; die Schöpfung lebt; das Geschöpf nicht, nur der Schöpfer. Nichts lebt als die Tat ehrlicher Hände und das Walten wahrhaften Geistes.“ schrieb er im Januar 1919 in dem Vorwort zur Neuauflage des „Aufruf zum Sozialismus“.¹⁸ Wie vor ihm Kurt Eisner scheiterte Landauer mit seinem Ideal des geistigen Sozialismus an der gesellschaftlichen Realität. War er sich auch dessen bewußt, so hoffte Landauer, mit der Räterepublik ein Vorbild für die nachfolgenden Generationen zu schaffen.

¹⁶ Vgl. Linse, *Revolutionszeit*, S. 249.

¹⁷ Fritz Gross, abgedruckt in Viesel, S. 297f.

¹⁸ Landauer, Gustav: *Aufruf zum Sozialismus*. 4. Auflage. Köln 1923 (Im Reprint Münster/Wetzlar 1978), S. XVII.